



Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Editorial

Reformkonzept Krankenhaus

Das Krankenhauskonzept der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung hat gute Ansätze mit Potential. Daher begrüßen wir das Konzept. Richtig ist es, den Fokus auch auf die beruflich Pflegenden zu legen.

Medizinische anstatt ökonomische Gründe sollen künftig über die Behandlungen bestimmen, was zu weniger, aber dafür gezielteren Leistungen im Krankenhaus führen soll. Der fehlerhafte Anreiz des Fallpauschalensystems, immer mehr Leistungen zu erbringen, wird unterbrochen. Das entlastet die beruflich Pflegenden.

Die Krankenhausreform muss begleitet werden von einer Reform über alle Sektoren des Gesundheitswesens hinweg, von der ärztlichen ambulanten Versorgung über Rehabilitation bis hin zur ambulanten und stationären Langzeitpflege. Deutlich wird dies an der Zielsetzung, dass künftig Krankenhäuser des „Level II“ unter pflegerischer Leitung regional eine sektorenübergreifende steuernde Schlüsselrolle übernehmen sollen. Die geplante Zusammenarbeit mit regionalen Ärzten muss gleichberechtigt erfolgen. Hierfür sind Kompetenzerweiterung und hohe Handlungsautonomie der pflegerischen Berufe notwendig, die endlich auf deren Wissen baut.

Klar ist, dass Deutschland mehr denn je gut ausgebildete Pflegefachpersonen benötigt. Dies auf Augenhöhe mit allen weiteren Berufen im Gesundheitswesen. Die beruflich Pflegenden benötigen hierfür die Selbstverwaltung der Pflegekammern. Auch dies muss im Gesamtkonzept beinhaltet sein.

Der skizzierte Weg ist aus unserer Sicht gangbar. Er darf jedoch nicht Halt machen an reinen Strukturänderungen im Krankenhausbereich. Was nun noch fehlt, ist ein konkreter Umsetzungsplan des Bundesgesundheitsministeriums und eine konstruktive Auseinandersetzung mit den verantwortlichen Partnern im Gesundheitswesen. Der Deutsche Pflegerat unterstützt diesen Prozess gerne.

Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Pflege einfach machen.

IM FOKUS

Kostensteigerungen gerecht verteilen

Lohnsteigerungen sind zur Anerkennung der beruflichen Pflege der richtige Weg. Für den Bereich der Pflegeversicherung wurden die Löhne daher bewusst zum 1. September 2022 mit der Tarif-Treue-Regelung besonders in nicht-tarifgebundenen Einrichtungen massiv angehoben. Die Hauptlast der Erhöhungen in der ambulanten Pflege wird jedoch ausschließlich durch Pflegebedürftige getragen.

Der Deutsche Pflegerat fordert kontinuierliche Erhöhungen der Pflegeschleifungen in der ambulanten Pflege, die an die Lohnsteigerungen in der Pflege prozentual gekoppelt werden. Das gewährleistet, dass es durch Preiserhöhungen nicht zu Leistungseinbußen bei der Inanspruchnahme der Pflegeleistungen kommt. Zudem wird der Gesetzgeber seinem Versprechen, zumindest die pflegebedingten Kosten zu tragen, besser gerecht.

Die aktuellen Kostensteigerungen tragen allein die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen. Rufen diese in der Folge weniger an notwendigen Leistungen der Pflegedienste ab, droht pflegerische Unterversorgung. Pflege Angehörige müssen wieder vermehrt einspringen ohne das pflegefachliche Know-how zu haben. Die Folgekosten finden sich dann in der Pflege- und vermehrt in der Krankenversicherung wieder.

In der ambulanten Pflege muss es schnell zu einer Anpassung der Pflegeschleifungen kommen. Gefragt sind die Kassen und der Gesetzgeber. Bei all dem gilt: Wir sind eine Solidargemeinschaft. Die Kostensteigerungen müssen gerecht verteilt werden.

Annemarie Fajardo
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)

Positionspapier des Deutschen Pflegerats

Ursachen und Auswirkungen der Leiharbeit entgegenwirken

Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) geht in einem aktuellen Positionspapier auf die „Leiharbeit in der Pflege ein“. In elf Forderungen an Politik, Kostenträger und Träger von Kliniken und Pflegeeinrichtungen geht es darum, Leiharbeit in der Pflege überflüssig zu machen.

Der enorme Anstieg der Leiharbeit ist ein Symptom für die Krise in der Pflege. Sie hat ihren Ursprung in den unzureichenden Arbeitsbedingungen und im Personalmangel, die eine Kompensation bei einem Ausfall des Stammpersonals nicht erlauben. Weiter führen Zeitmangel, das Fehlen einer verlässlichen Dienstplanung und unattraktive Arbeitszeiten, die sowohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch die Work-Life-Balance enorm erschweren, zu einem Anstieg der Zeitarbeit. Weitere Gründe sind das Gehalt und auch fehlende Führungskompetenzen.

Leiharbeiter*innen in der Pflege sind nicht das Problem, sondern das Ergebnis der schlechten Arbeitsbedingungen. Ziel muss es daher sein, gute Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen zu schaffen, auch durch gut ausgebildete Führungspersonen, um damit die Leiharbeit überflüssig zu machen. Der DPR fordert die Politik, die Kostenträger und die Arbeitgeber auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Refinanzierte Personalausstattung, die anhand eines Pflegepersonalbemessungsinstruments vom Pflegebedarf der Patient*innen bzw. Bewohner*innen abgeleitet wird
2. Verbesserung der Rahmenbedingungen, z.B. mit Ausfallkonzepten
3. Vorhaltung von Springerpools im Umfang der Ausfallzeiten
4. Stärkung der Führungskompetenz, u.a. durch Personalbindung und -entwicklung durch akademisch ausgebildete Leitungspersonen

5. Angemessene Vergütung der Pflegefachpersonen, Hebammen und Leitungspersonen, die der beruflichen Verantwortung gerecht wird
6. Arbeitsentlastung durch den Ausbau der Digitalisierung, beim Einsatz von elektronischen Dokumentationen bei Patient*innen und Bewohner*innen
7. Entlastung der Pflege / Pflegefachpersonen und Hebammen von pflegefremden Tätigkeiten durch refinanzierte Servicekonzepte und deren Umsetzung
8. Transparenz bzgl. der Qualifikation von Leiharbeiter*innen
9. Transparenz über den Einsatz von Leiharbeiter*innen gegenüber den zu pflegenden Personen und ihren Angehörigen
10. Offenlegung und Begrenzung der Gewinnmargen der Leiharbeitsfirmen
11. Verpflichtende Ausfallzahlung der Leiharbeitsfirma an den Entleihenden bei Nichteinhaltung des vertraglich festgelegten Leihumfangs nach Qualifikation, Umfang und Einsatzzeiten der Leiharbeiter*innen

Die Folgen der Leiharbeit sind häufig gravierend. Die zu pflegenden Menschen benötigen eine Versorgung durch professionell Pflegende, die ihnen vertraut sind und die ihre Situation, Bedürfnisse und Bedarfe kennen. Das kann Leiharbeit nicht sicherstellen. Die Sicherheit der Versorgung ist bei Einsatz von Leiharbeiter*innen oft gefährdet.

Sie können die Qualitätsanforderungen nicht im gleichen Umfang wie die Stammebelegschaft gewährleisten.

Keine nachhaltige Lösung für Personaldilemma

Leiharbeiter*innen stopfen in der pflegerischen Versorgung Lücken. Das hilft nur kurzfristig. Sie bleiben meist ein Fremdkörper. Ihre fachliche und soziale Kompetenz kann nur schwer eingeschätzt werden. Betriebsspezifische Arbeitsabläufe sind in der Regel nicht bekannt. Sie müssen intensiv eingearbeitet werden. Ungünstige Dienstzeiten müssen dennoch meist von der Stammebelegschaft anstatt von den Leiharbeiter*innen übernommen werden. Zudem verdienen sie häufig besser.

Das benachteiligt die festangestellten Mitarbeitenden, sorgt für deren steigende Belastung und führt zu weiterer Unzufriedenheit, zu Konflikten und zur Entsolidarisierung innerhalb der beruflich Pflegenden. Treffen Leiharbeiter*innen zudem auf Einrichtungen mit hoher Fluktuation, verstärken sich die Effekte. Der Aufwand und die Kosten für Kliniken und Pflegeeinrichtungen bei Einsatz von Leiharbeiter*innen sind enorm hoch. Ihr Einsatz liefert keine nachhaltige Lösung für das Personaldilemma in der Pflege.

Das DPR-Positionspapier „Ursachen und Auswirkungen der Leiharbeit in der Pflege entgegenwirken“ steht auf der Homepage des Deutschen Pflegerats zum Download zur Verfügung.

Von Zeitarbeit, Leiharbeit oder Arbeitnehmerüberlassung abzugrenzen ist die unbefristete Arbeitnehmerüberlassung, bei der Organisationen Mitarbeiter*innen über Gestellungsverträge langfristig an Unternehmen „ausleihen“.

NEWS

BGW Nachwuchspreis 2023

Der BGW Nachwuchspreis geht in eine neue Runde: Unter dem Motto „Gut gedacht. Gut gemacht. Gut gepflegt.“ sucht die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) Pflege-Auszubildende mit cleveren Ideen. Wie kann die Arbeit in der Pflege gesund und sicher gestaltet werden? Diese Frage stellen sich auch Auszubildende. Sie können eine Menge bewegen und von ihren Einfällen können alle in der Pflege profitieren. Genau deshalb sind beim Nachwuchspreis ihre kreativen Antworten gefragt – innovative Lösungen, die relevant, umsetzbar und nachhaltig sind. Alle Themen rund um Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, die den Pflegenachwuchs beschäftigen, sind geeignet – zum Beispiel ergonomisches Arbeiten, Hautschutz, Hygiene oder das Vermeiden psychischer Belastungen.

Neben einer guten Idee ist Teamwork gefragt: Bewerben können sich Teams von mindestens drei Auszubildenden aus der stationären und ambulanten Pflege. Wer dabei sein möchte, reicht eine Ideenbeschreibung ein, ergänzt durch veranschaulichende Bilder, Videos oder andere Materialien. Die Teilnahme erfolgt online und ist ab sofort bis zum 30. April 2023 möglich.

Das Gewinnerteam wird mit einem Preisgeld von 5.000 Euro für eine teambildende Maßnahme belohnt. Die feierliche Preisverleihung findet im September 2023 auf dem Deutschen Pflegetag statt.

bgw-online.de/nachwuchspreis



Bewerben können sich Teams von mindestens drei Auszubildenden.

DPR-Mitgliedsverbände stellen sich vor

Steckbrief Deutscher Pflegeverband e.V.



Verbandsname / Sitz	Deutscher Pflegeverband e.V. Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Gründungsjahr	1997
Aktueller Vorstand	Martina Röder, geschäftsführende Gesellschafterin Neanderklinik Harzwald GmbH; Silvia Böhme, Leiterin Akademie für Gesundheits- und Pflegeberufe der Neanderklinik Harzwald GmbH; Dr. Markus Mai, Leitung Gesundheits- und Sozialpolitik in der Zentrale der BBT-Gruppe; Jürgen Zens, Einrichtungsleitung im Seniorenheim „Josefshöhe“ Bonn; Ivonne Rammoser, Leitung Marketing und Kommunikation m&i Klinikgruppe Enzenberg
Mitgliederzahl und Struktur	Aktueller Stand 4.000 Mitglieder
Diese Kolleg*innen vertreten unseren Verband im DPR	Martina Röder, Uwe Kropp, Anja Posevsky
Unsere wichtigsten Ziele	Verbesserung der pflegerischen und gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung Gesundheitserziehung durch Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen Engagement dafür, dass zukünftig genügend gut qualifizierte Pflegefachpersonen zur Verfügung stehen Engagement für Anliegen der Bildung, der Qualitätssicherung, der Berufspolitik, der Beziehungsgestaltung in die Gesellschaft und in die Politik hinein sowie für die Entwicklung Selbstverwaltung / Pflegekammern in allen Bundesländern
Unsere drei aktuellen Schwerpunkte	Berufspolitische Strategie des DPV e.V. Zusammengehörigkeit der Fachdisziplinen im Fokus der multiprofessionellen Zusammenarbeit Internationale Ausrichtung in Kooperation mit dem Deutsch Ukrainischen Pflegeverband e.V.
Wir haben folgende Fach- und Expertengruppen zu bieten	Bundesbezogene Service Points, Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern und Fachgesellschaften, Arbeitskreis Pflege Digital, Anwaltliche Rechtsexperten des Verbandes, DPV Next Generation, Spezialistengruppen und Arbeitskreise der Pflege
So machen wir uns sichtbar	Homepage, Soziale Netzwerke, Verbandsinformation im Rahmen der HEILBERUFE, Presseerklärungen, Kongresse und Messen
Vorteil einer Mitgliedschaft	Beratungsangebot für Mitglieder und Selbstständige Berufliche Interessenvertretung Berufshaftpflicht, Rechtsschutzversicherung Umfassende Vergünstigungen für Mitglieder (Homepage)
Wichtigster berufspolitischer Wunsch	Selbstverwaltung / Kammern in allen Bundesländern Starke gemeinsame berufsverbandliche und berufsständische Interessenvertretung auf der Bundesebene

AUS DEN VERBÄNDEN

Klimapakt Gesundheit

Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach hat gemeinsam mit Vertreter*innen der Spitzenorganisationen im Gesundheitswesen, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände den „Klimapakt Gesundheit“ unterzeichnet. Zu den Unterzeichnern und Unterstützern des Paktes gehört der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR). Präsidentin Christine Vogler betont: „Die Gesundheitsgefahren des Klimawandels sind enorm hoch. Bereits heute können wir sie vielfach nicht mehr verhindern. Ziel muss es sein, uns bestmöglich auf die klimabedingten Gesundheitsrisiken einzustellen. Das geht jedoch nur gemeinsam. Unsere Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen sowie Krankenhäuser müssen sich einerseits aktiv beim Klimaschutz beteiligen. Sie müssen andererseits auf den Klimawandel und dessen Folgen angepasst werden, damit die Versorgung auch künftig sichergestellt ist.“

Vogler weiter: „Mit der Hilfe der Pflegewissenschaft muss umfassendes Wissen über die Wechselwirkungen von Klimawandel und Gesundheit geschaffen werden. Dieses Wissen muss als wesentlicher Bestandteil in die Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote der beruflich Pflegenden integriert sowie im Versorgungsalltag berücksichtigt werden. Den beruflich Pflegenden kommt beim Umgang und der Bewältigung von klimabedingten Gesundheitsrisiken eine enorme Bedeutung zu.“ Mit ihrer Hilfe sei eine aktive Aufklärung der Bevölkerung zu den Gesundheitsgefahren des Klimawandels möglich.

deutscher-pflegerat.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Politik hat in NRW Versprechen gehalten

Pflegerat begrüßt
Kammer-Gründung

Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) begrüßt die neue Pflegekammer Nordrhein-Westfalen. Die Pflegekammer wird laut DPR eine starke Stimme für die beruflich Pflegenden sein und diese enorm stärken.

Die beruflich Pflegenden haben es verdient, in ihrem Berufsstand gut vertreten zu werden. Dass ein Kammerwesen funktioniert und eine kraftvolle Wirkung entfalten kann, zeigt die Kammerlandschaft in Deutschland. Der DPR ist sich sicher, dass sich die Pflege auf Augenhöhe mit anderen Professionen des Gesundheitswesens etabliert und die Bedingungen in der Pflege positiv mit verändern wird.

Dazu bedarf es jedoch auch eines festen Willens und eines gemeinsamen Ziels aller daran Beteiligten. Das Ziel müsse sein, die Interessen der beruflich Pflegenden in allen sie betreffenden Bereichen zu bewahren, zu schützen, wo es nötig ist weiterzuentwickeln und zu unterstützen. Dabei geht es auch um die qualitativen Anforderungen an die pflegerische Versorgung der Bevölkerung. Geschaffen werden müsse eine starke Einheit – mit dem Blick nach vorne.

Mit der konstituierenden Sitzung im Dezember 2022 hat die Pflegekammer NRW als größte Heilberufskammer Deutschlands offiziell ihre Arbeit aufgenommen. DPR-Präsidentin Christine Vogler: „Das ist für den Berufsstand historisch und verantwortungsvoll zugleich. Die beruflich Pflegenden regeln in NRW künftig ihre Angelegenheiten in eigener Zuständigkeit. Ihnen muss nicht nur zugehört werden, sie müssen auch beteiligt werden. Das wird das Ansehen des Berufs verbessern. Das daraus sich entwickelnde Selbstbewusstsein kann etwas entstehen lassen, was der Pflege gegenüber seit langem fehlt: Aufrichtiger Respekt und Wertschätzung.“

Vorbild für Kammergründungen

Der DPR dankt dem Land Nordrhein-Westfalen. „Die politisch Verantwortlichen zeigen dort, was möglich ist, wenn Versprechen gehalten und aktiv zusammengearbeitet wird“, betont Christine Vogler. NRW müsse zusammen mit Rheinland-Pfalz Vorbild für Kammergründungen in allen weiteren Bundesländern sein. Weitere Länder müssten über ihren Schatten springen und konsequent Kammergründungen vorantreiben.

„Der Deutsche Pflegerat gratuliert der Pflegekammer in NRW ganz herzlich und wünscht allen gewählten Vertreter*innen, dass sie im Sinne unseres Berufsstandes und der ihnen anvertrauten Menschen gute Entscheidungen treffen. Verlieren Sie nie den Mut, die Interessen der beruflich Pflegenden in NRW voranzutreiben“, so Vogler.

Historischer Tag für die Pflege

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW, sagte beim Festakt zur Gründung der Pflegekammer: „Heute ist ein historischer Tag für die Pflege in Nordrhein-Westfalen. Wir haben jetzt eine berufsständische Vertretung für die Pflegenden. Ich freue mich, dass die Pflege nun endlich auf Augenhöhe mit den anderen Professionen des Gesundheitswesens steht. Die Pflegekräfte sind nun politisch unabhängig und haben es selbst in der Hand, die Pflege zu verändern.“ Dies sei eine enorme Chance.

deutscher-pflegerat.de